Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 25

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

fällig, weil in dieser Hinsicht auf den Hochschulen zu wenig geleistet werde.

Planwirtschaftliche Bürokratie

Nun kann aber auch ein privilegierter Beruf im kommunistischen System der planwirtschaftlichen Zwangsjacke nicht entrinnen. Professoren und Dozenten müssen sich ebenfalls einer Menge an sich überflüssiger administrativer Arbeit unterziehen. Sie haben ihre individuellen Pläne zu entwerfen, und zwar im Rahmen der Fakultätspläne. Der wissenschaftliche Plan auf Hochschulebene gehört als organischer Teil zur Planung der entsprechenden Abteilung der Akademie der Wissenschaften, und dieses Programm wird seinerseits wiederum vom Volkswirtschaftsplan (Jahresplan im Rahmen der Fünf- oder Siebenjahrespläne) bestimmt.

Die Ausarbeitung der individuellen Wissenschaftspläne geschieht folgendermassen: Der Volkswirtschaftsplan, beziehungsweise sein Projekt, sieht eine Anzahl von Problemen vor, die von den Wissenschaftern zu lösen sind. Das entsprechende Staatskomitee und die Akademie der Wissenschaften bereiten auf Grund dieses Entwurfs die Liste der wichtigsten wissenschaftlichen Forschungsaufgaben vor. Der Plan der Akademie und ihrer Abteilungen beruht auf dieser Zusammenstellung. Die einzelnen Hochschul-Fakultäten entwerfen ihren Plan im Rahmen der Programms der entsprechenden Akademie-Abteilung. Auf der nächstunteren Stufe stehen dann die Lehrstuhlpläne und schliesslich die persönlichen Pläne der Professoren und Dozenten. Ueber die Planerfüllung haben sie jährlich zweimal Bericht zu erstatten. Die Kontrolle ist recht streng. Wer sein Soll nicht erreicht, erhält einen Verweis. Die Forschungspläne sind meist kollektiv, da individuelle Forschung im kommunistischen System meist nicht gern gesehen wird (diese Faustregel kennt freilich etliche Ausnahmen). Jedenfalls aber stellt die planwirtschaftliche Bürokratie eine erhebliche Belastung der akademischen Lehrtätigkeit dar.

Laut einer kürzlichen Instruktion des sowjetischen Hochschulministeriums gilt als Grundlage der individuellen Pläne ein Arbeitstag von sechs Stunden.

Verschiedentlich wurde der Versuch unternommen, auch die Professorentätigkeit bestimmten Arbeitsnormen zu unterwerfen. So suchte man die Vorbereitungszeit für Vorlesungen zu schablonieren, ebenso den Zeitaufwand für Examen und Sitzungen. Immerhin wurden diese mit wissenschaftlicher Arbeit kaum zu vereinbarenden Normierungsbestrebungen jetzt abgeblasen. In der oben erwähnten Instruktion erklärte der sowjetische Hochschulminister, die Universitäten seien nicht mehr verpflichtet, die vom Lehrkörper und wissenschaftlichen Personal geleistete Arbeit in Stunden umzurechnen und entsprechend zu belegen. Das bedeutet nicht, dass auf eine diesbezügliche Kontrolle verzichtet wird. Vielmehr hat die Leistungsregistrierung in Formen stattzufinden, die von den Hochschulen aufgestellt werden müssen (Amtsblatt des sowjetischen Hochschulministeriums, Nr. 1, 1962.).

Überalterungsgefahr

Professoren und Studenten können ihr Amt lange ausüben, da für sie das allgemeine Pensionierungsalter von 65 Jahren nicht gilt. Achtzigjährige praktizierende Professoren sind keine Seltenheit. Professor Strumilin etwa, der führende sowjetische Nationalökonom, ist mit seinen 85 Jahren immer noch aktiv. Ein allgemeiner Brauch (oder Missbrauch) besteht darin, dass sich die Professoren erst pensionieren, dann aber wieder reaktivieren lassen, wodurch sie zur vollen Pension kommen und gleichzeitig weiterhin ihr volles Gehalt beziehen. Dieses Vorgehen wird in keiner anderen Berufskategorie zugelassen, ist aber hier die Regel.

Der an sich wünschenswerten Ausnützung wissenschaftlicher Erfahrung steht bei dieser Sachlage die Gefahr einer gewissen «Vergreisung» gegenüber. Die Presse beginnt diese Erscheinung als nachteilig für die Zukunft darzustellen. Vor eineinhalb Jahren wurde ein Bericht über das Alter der Professoren an der technologischen Hochschule Moskaus veröffentlicht (mit der Bemerkung, dass die Lage an den übrigen Hochschulen und Universitäten nicht viel anders sei). Demnach beträgt das Durchschnittsalter der Professoren 60 Jahre. Nur elf Prozent der Doktoren der Wissenschaften sind weniger als 50 Jahre alt.

Aehnlich verhält es sich in den Volksdemokratien. An den polnischen Hochschulen gibt es 3500 Professoren und Dozenten. Ihr Durchschnittsalter beträgt mehr als 60 Jahre. Die grosse Schar der 14 000 Assistenten und Oberassistenten kann nicht vorwärtskommen und erhält zu wenig Gelegenheit zum Sammeln wissenschaftlicher Erfahrungen und zur Weiterbildung.

Doch fällt diese nachteilige Tendenz wohl weniger ins Gewicht als die Tatsache der allgemeine Förderung der Wissenschaften (vergl. auch KB Nr. 19, S. 5). Die planwirtschaftlichen Anstrengungen des kommunistischen Systems mögen ihre lächerlichen Seiten haben. Vom Westen aber sind sie ernstzunehmen.

Versorgung

UdSSR

Ideologischer Fischfang

Fast gleichzeitig mit dem peinlichen Geständnis über die katastrophale Lage der sowjetischen Viehzucht und mit der dadurch bedingten Einführung von massiven Preiserhöhungen für Fleisch, Geflügel, Fleischprodukte und Butter, fassten das Zentralkomitee der Partei und der Ministerrat einen Beschluss «Ueber Massnahmen zur Steigerung des Fischfanges und der Fischproduktion». Bevor der vollständige Text dieses Beschlusses vorlag, hat man geglaubt, dass durch die Erhöhung der «Fischproduktion» der akute Fleischmangel etwas kompensiert werden soll. Jetzt steht aber fest, dass es sich bei diesem Beschluss um ein neues Geständnis handelt, welches die ungenügende Versorgung der Bevölkerung mit Fischen betrifft.

Die im Beschluss erwähnte «Steigerung» ist so zu verstehen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Fischprodukten endlich befriedigt werden sollen. «Pravda» schreibt, dass im Jahre 1961 solche wichtige Fischereigebiete, wie die Gebiete von Leningrad, Kaliningrad, Lettland, Litauen (also das ganze Ostsee-Fischereigebiet) sowie das Wirtschaftsgebiet von Dagestan (Kaspisches Meer), ihre Produktionspläne nicht erfüllt haben. Im Regierungsbeschluss wird auch kritisiert, dass der grösste Teil der Fische gesalzen oder konserviert wird, während die Bevölkerung frische Fische verlangt.

Neben der Feststellung des Unvermögens, die Bevölkerung mit Fischen zu versorgen, enthält dieser Beschluss der höchsten Partei- und Regierungsgremien die «sensationelle» Entdeckung: «Die Fische sind ein wertvolles Nahrungsmittel». Zur Vergrösserung der Fischproduktion wird unter anderem empfohlen, die lokalen Quellen besser auszunützen: die Teiche, die kleinen Flüsse und die Stauseen. Dass man in den Teichen und in den Stauseen keine Fischereiflotten einsetzen kann, verstehen wohl auch die Fischereispezialisten im Zentralkomitee der Partei, also, im Zeitalter der Mechanisierung und der schwimmenden Konservenfabriken — zurück zur Angelrute.

Daneben wird wieder die Methode empfohlen, die schon bei den Kälbern und Schafen versagt hat, man fordert «eine zweckmässige Verteilung der Parteimitglieder auf den Fischereischiffen» und verpflichtet die Parteiorganisationen, die Fischer vermehr ideologisch zu bearbeiten. «Pravda» schreibt in einem Leitartikel: «Das wichtigste ist die massenpolitische und ideologische Arbeit auf den Schiffen, eine gründliche Aufklärung über die historischen Beschlüsse des 22. Parteitages und über das Programm der KPdSU, die Erziehung der Fischer im Geiste des sowjetischen Patriotismus.»

Obschon diese Methode, die seit Jahrzehnten angewendet wurde, in der Landwirtschaft zu keinem Erfolg führte, will man sie nun in der Fischerei fortsetzen. Ob das eine ehrliche Verirrung oder eine Irreführung der Oeffentlichkeit ist, ist für den sowjetischen Verbraucher ohne Bedeutung. Er weiss aus bitterer Erfahrung, dass er heute, fast ein halbes Jahrhundert nach der kommunistischen Machtergreifung, immer noch weniger Fleisch, Butter, Fische, Textilwaren usw. hat als der Konsument im Westen, wo man ohne Studium der letzten Parteibeschlüsse und ohne spezielle ideologische und patriotische Erziehung der Melker und Textilarbeiter, der Fischer und Schweinehirten auskommt.

Unverkäufliche Waren

Die Partei- und Regierungsbeschlüsse, die Texte der Reden der Parteiführer und die Leitartikel der sowjetischen Zeitungen über die dringende Notwendigkeit der Verbesserung der Qualität der Konsumwaren könnten Bände füllen. Trotzdem produzieren die sowjetischen Textilfabriken, Kleiderfabriken, Schuhfabriken und andere Konsumwarenfabriken weiterhin zum grossen Teil Ausschusswaren.

In den Jahren 1958—1961 nahm der Warenumsatz im sowjetischen Innenhandel um 24 Prozent zu, gleichzeitig nahm aber die Menge der in den Verkaufsgeschäften aufgestapelten sogenannten unverkäuflichen Waren um 70 Prozent zu («Pravda», 12. Juni 1962). Die vielgerühmte Mehrproduktion, die in allen statistischen Produktionstabellen als erfolgreiche Planerfüllung dargestellt wird, verschwindet also zum grossen Teil in den Lagerräumen der Verkaufsgeschäfte, weil sie mangelhaft ist.

Abgesehen davon, dass zum Beispiel die sowjetischen Kleider- und Schuhfabriken niemals mit der Mode Schritt halten können, «schenken sie wenig Aufmerksamkeit

der Produktion und ihrerer Auswahl, weil sie in erster Linie danach trachten, die Gesamtplanzahlen zu erreichen» («Pravda», 12. Juni 1962).

Die Verkaufsgeschäfte werden durch die notwendig gewordene Prüfung der Waren und Ausscheidung der Ausschusswaren so stark belastet, dass sie sich oft weigern, die Produktion bestimmter Industriebetriebe zu übernehmen. So war es im Januar und Februar dieses Jahres mit der ganzen Produktion von 16 Kleiderfabriken der RSFSR und von 14 Kleiderfabriken der Ukraine. So war es auch letztes Jahr zeitweise mit den Warenlieferungen der bekannten Schuhfabriken in Leningrad («Skorochod»), Rostow, Omsk und Erewanj.

Seit Jahrzehnten kann man in allen Tageszeitungen und humoristischen Zeitschriften über verschiedenfarbige Schuhe, abgerissene Knöpfe bei neuen Anzügen, verschiedenlange Aermel, Kochtöpfe mit gewölbtem Boden usw. usw. lesen. Und heute noch schreibt «Pravda» über Herrenanzüge aus besten Stoffen mit unsymmetrischen Taschen, über Herrenschuhe ohne Absätze und über Haushaltgeräte, die nicht funktionieren. Trotzdem erklärt «Pravda»: «Die Qualität der Produktion sowjetischer Fabriken muss wesentlich besser sein, als die der besten kapitalistischen Betriebe.» Optimismus oder ... Unverschämtheit?

Wohnbau

Sowjetunion

Nicht mehr aus der Schweiz

und andern westlichen Ländern will die Sowjetunion in Zukunft ihre vorfabrizierten Baubestandteile, insbesondere Pressplatten, beziehen müssen.

Ein ganz neuer Industriezweig, Fabriken zur Herstellung präfabrizierter Wohnhäuser, hat sich seit drei Jahren, dem Beginn des laufenden Siebenjahresplanes, nahezu über das ganze Unionsgebiet ausgebreitet und ist in ständigem Aufschwung begriffen. Die Planvorhaben sind allerdings bei weitem nicht erfüllt worden (1960 nur zu etwa 50 Prozent, letztes Jahr noch weniger), so dass die bis 1965 vorgesehene Jahresproduktion von 14 Millionen Quadratmeter Wohnfläche kaum erreicht sein wird.

Unsere Karte (vereinfacht nach einer Darstellung der «Strojtelnaja Gasjeta») zeigt den Aufbau der neuen Industrie in der UdSSR mit ungefährem Stand vom letzten Jahresende. Nicht berücksichtigt sind die wenigen und laut sowjetischen Quellen auch nicht ins Gewicht fallenden Betriebe, die schon vor 1959 bestanden. Ferner wäre noch eine gewisse Eigenproduktion der Sownarchosen (Wirtschaftsbezirke) vorhanden, die mit dem sowjetischen Gesamtplan für diesen Industriezweig nur lose verbunden ist und ohnehin nicht dem Wohnhäuserbau dient.

Die trotz aller Planrückstände aufstrebende sowjetische Pressplattenindustrie setzt sich selbstverständlich nicht nur grössere Unabhängigkeit von ausländischen Importen zum Ziel.

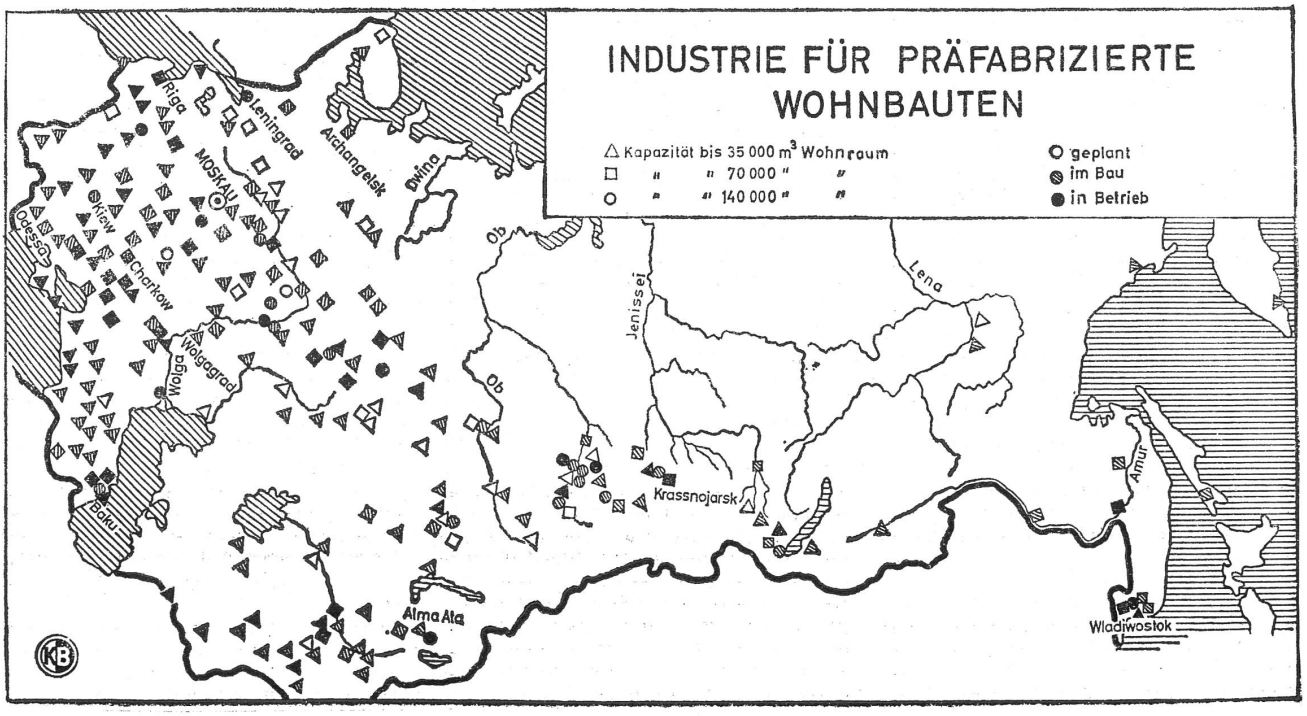
In erster Linie soll mit diesem Plan der gesamte Wohnbau gefördert werden, der trotz aller offiziellen Anstrengungen gegenüber der Schwerindustrie immer stiefmütterlich behandelt wird und nach wie vor im Argen liegt. Letztes Jahr blieb der Wohnbau mit 80 Millionen Quadratmetern deutlich hinter dem Plan (96 Millionen Quadratmeter) zurück. Die Wohnflächennorm, die ein Minimum von fünf Quadratmetern pro Person vorsieht, was gewiss nicht allzuviel ist, kann in den Städten nicht einmal eingehalten werden.

Chruschtschew selbst sah vor Ablauf einer Zehnjahresfrist keine Lösung des Wohnproblems, als er am Parteikongress vom letzten Herbst ausführte: «Das Zentralkomitee trägt den zahlreichen Anfragen (bezüglich Wohnungsnot) Rechnung und weist darauf hin, dass laut Parteiprogramm die Familien, die in schlechten oder überfüllten Wohnungen leben, gegen Ende des Zehnjahresplanes (gemeint ist die erste Hälfte des Zwanzigjahres-Perspektivplans) neue Wohnungen erhalten werden.» Den Vorrang bei den Bau-Investitionen geniessen Industrie, Verwaltung und öffentliche Gebäude aller Art, die Wohnhäuser kommen an zweiter Stelle.

Ueberdies sind seit Herbst 1960 die Anleihen für den privaten Bau von Einfamilienhäusern eingestellt worden, welche die ganze Wohnraumbeschaffung hätten beleben sollen. Das Experiment wurde deshalb abgeblasen, weil es zu Spekulationen führte. Die unterstützten Bauherren (meist hohe Parteifunktionäre) verkauften die Häuser mit grossem Profit und bewarben sich gleich wieder um neue Anleihen. (Ueber das Wohnproblem im gesamten Ostblock werden wir eine Untersuchung veröffentlichen.)

Die Errichtung von Wohnhäusern aus präfabrizierten Baumaterialien verbilligt und beschleunigt an sich das Verfahren. Aber auch hier sind die Begriffe relativ und im Vergleich zur Bautätigkeit bei uns nicht allzu vielversprechend, wie eine beiläufige Bemerkung der «Strojtelnaya Gasjeta» zeigt: Müsse man für ein Ziegelhaus eine Baudauer von mindestens einem Jahr rechnen, so werde sich die Zeit bei Verwendung von vorfabrizierten Elementen auf fünf bis sechs Monate verkürzen. Der Bevölkerungszuwachs trägt das seine dazu bei, dass die Mieter in der Sowjetunion noch lange schlecht und eng wohnen werden (allerdings billig; der Zins macht weniger als zehn Prozent des Lohnes aus).

Auch in Jugoslawien wird der Bau von Wohnungen mit vorfabrizierten Elementen vorangetrieben. War letztes Jahr ein einziges Unternehmen damit beschäftigt, so sind dieses Jahr mehrere Firmen dazugestossen.



Justiz

Ungarn

Des Rückkehrers Sohn

Von den Ungarn, die nach der Revolution von 1956 in den Westen flüchteten, später aber in ihre Heimat zurückkehrten, bereuen einige diesen zweiten Schritt.

Kürzlich unternahm ein junger Bursche, Sohn eines solchen Rückwanderers, einen Fluchtversuch ins Ausland. Sein Grund? Er wollte die Dummheit seines Vaters rückgängig machen.

Die ungarische Grenzpolizei nahm den 18jährigen Istvan P. in Nagykanizsa, nahe der jugoslawischen Grenze, fest. Er wurde vom Kreisgericht seines Wohnortes Szekesfehervar bedingt zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Budapester Parteizeitung «Nepszabadsag» zitierte aus der Gerichtsverhandlung folgende Fragen und Antworten:

«...Der Richter: ‚Warum wollten Sie flüchten?'

Der Angeklagte: ‚Ich weiss es selbst nicht. Besser gesagt, ich weiss es, kann es jedoch nicht in Worten ausdrücken. Ich fühlte, dass ich gehen musste.'

...Der Richter: ‚Worüber pflegten Sie mit Ihrem Vater zu sprechen?'

Der Angeklagte: ‚Wir sprechen selten miteinander. Während der Konterrevolution flüchtete mein Vater nach Belgien. Nach einem Jahr kehrte er heim, wollte dann aber wieder flüchten. Er wurde gefasst und zu einem Jahr Kerker verurteilt. Als er aus dem Gefängnis herauskam, erzählte er einmal, wie er im Ausland gelebt hat. Er hat gut verdient und war dumm, dass er zurückgekommen ist.»

Wirtschaft

Polen/Jugoslawien

Die Schiffbaukonkurrenten

Polen und Jugoslawien wollen ihre vermutlichen Differenzen bereinigen, die sich daraus ergeben könnten, dass beide Staaten ihre wichtige Rolle im Schiffbau weiter ausbauen wollen und als Exportkonkurrenten auf diesem Gebiet auftreten.

In Warschau hat eine gemischte Arbeitsgruppe eine Konferenz zur Entwicklung des Schiffbaus in beiden Ländern abgehalten. Die Koordination der Anstrengungen (Austausch von technischen Erfahrungen und Waren) steht im Zusammenhang mit den Beschlüssen der IV. Session des polnisch-jugoslawischen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Laut «Glos Pracy» (Warschau) «trugen die Verhandlungen zu erweiterter Zusammenarbeit in der Schiffbauindustrie bei».

Eine polnische Sorge ist der drohende Verfall von privaten Wohnhäusern, die von ihren Besitzern nicht mehr instandgehalten werden können. Es handelt sich um etwa einen Fünftel der Wohnbauten des Landes. Die Uebernahme durch den Staat würde sich nicht rentieren. Anderseits sind die Eigentümer an sich gesetzlich zur Durchführung von wichtigen Reparaturen verpflichtet, können aber dieser Pflicht oft ganz einfach nicht nachkommen, da die Einkünfte aus den ebenfalls gesetzlichen Mietzinsen kaum zur notdürftigsten Behebung der laufenden Schäden ausreichen.

«Oft wünschen überdies die Mieter den baldigen Zerfall dieser alten Häuser (sozusagen durchwegs aus der Vorkriegszeit), in der Hoffnung, dann eine Wohnung in den staatlichen Wohnkolonien zugeteilt zu erhalten» («Tygednik Demokratyczny», Warschau). Die Wohnungsnot ist in Polen besonders grassierend; dementsprechend gibt es behördliche Vorschriften über Wohnungszuteilung, die streng gehandhabt werden.

Als möglichen Ausweg bezeichnet die polnische Presse die Gewährung staatlicher Kredite für Renovationen oder Grossreparaturen privater Wohnhäuser.

Versorgung

CSSR

Teuerung

Wie in der Sowjetunion (siehe KB Nr. 24), so kommt es auch in der Tschechoslowakei zu Preiserhöhungen von teilweise empfindlichem Ausmass.

Der Grund liegt unter anderem auch in der Warenknappheit, für welche die Landespresse etliche Erklärungen findet. Dazu gehört auch die folgende Erläuterung von «Aufbau und Frieden» (Prag), die zwar nicht unbedingt die Teuerung, wohl aber die plantwirtschaftlichen Fehlleistungen verständlich macht:

«Eine Ursache für die Knappheit war, dass bei manchen Erzeugnissen die Produktionskosten höher als die Kleinhandelspreise lagen. Jeder Produktionsbetrieb will nun einmal unangenehme und unrentable Aufgaben abschieben. Ist er aber gezwungen, sie dennoch zu übernehmen, dann hat er immer Ausreden, warum er die Lieferungen nicht steigert. Deshalb kam es jetzt zu Preisregulierungen für Toilettenpapier und andere Holzerzeugnisse. Man wird kaum fehlgehen in der Annahme, dass der Kunde lieber 1 Krone anstelle von 64 Hellern für ein Paket zahlen wird, wenn er weiss, dass er soviel bekommen kann, wie er will. Haben doch vielfach Aufkäufer, die mit Toilettenpapier hausieren gingen, 1.30 Kcs und mehr für ein Paket gefordert und auch erhalten.»

Landwirtschaft

UdSSR

Die Ernteaussichten

Die Sowjetunion scheint sich im dritten aufeinanderfolgenden Jahr einer unbefriedigenden Ernte gegenübergestellt zu sehen. Der landwirtschaftliche Anbauplan wurde bis Ende Mai, da die Sommeraussaat abgeschlossen sein sollte, nur zu 87 Prozent erfüllt. Die angepflanzte Fläche hat gegenüber der letzten Saison, die schlecht war, allerdings etwas zugenommen, aber wenn man den Neulandzuwachs mitrechnet, ergibt sich wiederum ein schlechtes Produktivitätsbild.

Dabei ist es ausgerechnet Chruschtschews meistgeförderte (und von ihm oft «Königin der Aecker» genannte) Feldfrucht, der Mais, der im Frühsommer am schlechtesten dasteht. Hier wurde der Plan nur zu 75 Prozent erfüllt.

Mit genau 100 Prozent ist die Weizenaussaat im vorgeschriebenen Rahmen geblieben; darüber hinaus kamen lediglich Futterbohnen (102 Prozent).

Partei

SBZ

So sehr ist der Staat übergeordnet

Ein Parteibeschluss ist sofort verbindlich, unbeschadet darum, ob er durch eine offiziell zuständige Stelle schon gutgeheissen wurde oder noch nicht.

Das erläutert die sowjetzonale Zeitschrift «Demokratischer Aufbau» (Ostberlin) in aller Ausführlichkeit unter dem Titel «Parteibeschlüsse sind unmittelbare Arbeitsgrundlagen». Der Witz ist, dass die staatlichen Organe, auf deren Genehmigung man nicht zu warten braucht, immer noch als «übergeordnet» bezeichnet werden.

Und so geht denn der «Demokratische Aufbau» vor sich:

«Um die Parteibeschlüsse exakt, sofort und ohne auf zusätzliche Weisungen zu warten, durchsetzen zu können, müssen sie sorgfältig studiert werden, muss man in ihr Wesen tief eindringen. Einige Erfahrungen und Arbeitsmethoden der Bürgermeister auf diesem Gebiet sollen hier verallgemeinert werden. Deshalb fragte die Redaktion:

Was tust Du Kollege Bürgermeister, wenn im ‚Neues Deutschland' Parteibeschlüsse oder andere wichtige Materialien veröffentlicht werden?

Kollege Pöpert, Bürgermeister von Klein-Regan, Kreis Schwerin:

Der Rat der Gemeinde als Kollektivorgan und ich als Vorsitzender des Rates — können in keinem Falle so lange warten, bis auf Beschlüsse, Gesetze, Erlasse usw. von den übergeordneten (!) staatlichen Organen Direktiven oder besondere Weisungen gegeben werden. Wir verfahren in unserer Gemeinde so, dass alle Parteibeschlüsse oder andere wichtige Materialien grundsätzlich täglich, das heisst sofort nach ihrer Veröffentlichung, studiert werden. Das betrifft sowohl die Ratsmitglieder als auch die leitenden Funktionäre in den LPG. Zum richtigen Leiten gehört in erster Linie das regelmässige und gründliche Lesen unserer Parteipresse...

... Ich möchte unserer Arbeit mit der Parteipresse noch an einem anderen Beispiel darlegen. Am 16. März 1962 veröffentlichte das ‚Neue Deutschland' den umfassenden und präzisen Vorschlag der Sowjetunion zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung...

... Die Parteileitung und der Ortsausschuss der Nationalen Front nahmen eine konkrete Auswertung dieses wichtigen Vorschlages vor und beschlossen, diese Materialien durch Agitations-Gruppen mit den Einwohnern in der Gemeinde eingehend zu diskutieren. Durch diese Sofortmassnahme war also garantiert, dass wir die Richtung der Auseinandersetzungen bestimmten...

Kollege Oetjen, Bürgermeister von Paulinenaue, Kreis Nauen:

... Jeder Abgeordnete der Gemeindevertretung und um so mehr der Bürgermeister, ist verpflichtet, nicht erst auf besondere Anweisung zu warten, sondern den Einwohnern der Gemeinde die Beschlüsse sofort zu erläutern und dann dazu beizutragen, dass die Massnahmen beschlossen werden, die unter den konkreten Bedingungen notwendig sind, um diese Beschlüsse zu verwirklichen...»

Unser Memo

Der Präsident der Republik Mali, Modibo Keita, begab sich nach Moskau, Prag und Bonn. Auf den ersten beiden Stationen gab er in den gemeinsamen Schlusscommuniqués der Besprechungen scharfe Erklärungen gegen die westliche Entwicklungshilfe ab, die er als «Neokolonialismus» und «Imperialismus» verurteilte. In Bonn forderte er dann genau diese Entwicklungshilfe. «Her mit dem Geld, damit ich euch beweisen kann, dass ihr mich korrumpieren wollt!»

Man könnte dies eine absurde Forderung nennen, aber sie hat sich bewährt. Nkrumah, der ghanesische Diktator, erhielt von den USA die Mittel zum Bau der Volta-Kraftwerke. Er nahm das Geld und benutzte es gleichzeitig als Beweis für den amerikanischen Kolonialismus.

Im Schlusscommuniqué der Regierungsdelegationen von Mali und der CSSR heisst es: «Beide Staatsmänner (Novotny und Keita) verurteilen die Bestrebungen einiger Grossmächte und ihrer Lakaien, unter dem Vorwand der Wirtschaftshilfe ihren bisherigen Einfluss in den ehemaligen Kolonien auch nach deren Unabhängigkeit weiterhin aufrecht erhalten zu wollen. Es wird mit besonderem Nachdruck betont, dass alle jene Bestrebungen vereitelt werden müssen, mit denen man die freie Entwicklung der neuen afrikanischen Länder einschränken will, indem man versucht, sie in Wirtschaftsblöcke einzugliedern, die auf Diskriminierung anderer Staaten ausgerichtet sind. Sie sind ferner der Meinung, der Neokolonialismus bedeute nicht nur eine Bedrohung für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der afrikanischen Länder, sondern verhindere auch einen antiimperialistischen Zusammenschluss der afrikanischen Nationen.» Auch das Communiqué von Moskau hatte einen beinahe wörtlich gleichtlautenden Abschnitt.

In solchen Fällen stellt sich wirklich die Frage nach der Form westlicher Entwicklungshilfe. Sowohl Mali als auch Ghana und Guinea, die beiden andern stark prokommunistischen Staaten Afrikas, haben ihren eigenstaatlichen Aufbau zum unverhältnismässig grossen Teil dank der Hilfe der von ihnen verschrieenen «kolonialistischen» und «neokolonialistischen» Staaten erreicht. Der Westen sucht sich vom kolonialistischen Makel zu befreien, indem er seine Zuwendungen nicht an politische Bedingungen knüpft oder nur an Zusicherungen ohne jegliche reale Garantie. Frei nach dem Motto: «In Ghana ist zwar alle politische Opposition eingesperrt, aber so schlimm kann es nicht sein, wenn doch Prinzessin Margaret von den pittoresken Einheimischen so nett empfangen wurde.»

Der Gedanke von der Werbekraft der politisch bedingungslosen Hilfe ist sicher schön. Aber wenn er einschliessen soll, dass diese Hilfe unwidersprochen als politisch («neokolonialistisch») dargestellt wird, ist er sich selbst untreu. Es ist schliesslich nur logisch, niemanden zur Annahme einer Hilfe zu zwingen, die er als imperialistisch und neokolonialistisch empfindet. Wenn man aber das Prinzip gelten lassen will, diese Völker brauchten unsere Hilfe unbeschadet politischer Kuhhändel, so sorge man eben dafür, dass aus dieser Hilfe keine politischen Kuhhändel gemacht werden, das heisst man stelle gerade die Bedingung der unpolitischen Annahme. Denn wie es in Mali und Ghana steht, wird jede Hilfe von uns dann gegen uns verpolitisiert.

Wie steht es denn mit der Gegenseite? Die kommunistischen Staaten gewähren nur politische Hilfe. Waren werden nur in der Propaganda-Emballage abgegeben. Und dazu noch Emballage zum Verpacken westlicher Waren. Nun haben ein Keita oder ein Nkrumah ein Interesse an dieser Ware, um so mehr, als sie selbst auf der Packung ebenfalls sehr schmeichelnd abgebildet sind. Das Interesse aber müssen sie im Sinne der Lieferanten verbindlich manifestieren. An westlichen Waren haben sie auch Interesse. Aber die Leistung dafür wird ihnen leicht gemacht. Die Drohung mit der antikolonialistischen Weltmeinung dient als Erpressung, und mit jeder Erpressung wird das «kolonialistische» Bild stärker ausgemalt.

Nun ist noch ein weiterer Unterschied zwischen westlicher und kommunistischer Entwicklungshilfe. In seiner Rede von Sofia erklärte Chruschtschew: «Wenn die Führer der befreiten Länder dies nicht begreifen (nämlich dass nur durch die von den Kommunisten hochgehaltenen Ideen der Fortschritt kommen könne), dann werden sie durch neue und andere Menschen ersetzt, welche sich diesem Ziel besser widmen werden.» Das heisst, Chruschtschew droht offen jedem unbotmässigen afrikanischen Führer. Und daraus folgt wiederum, dass die vielzitierte Schaukelpolitik zwischen Ost und West der Entwicklungsstaaten nicht ganz gleichgewichtig bleiben muss: Der Opportunismus hat nämlich Uebergewicht. Ein afrikanischer Führer kann sich folgendes überlegen: «Wenn ich auf den Kommunismus setze, und es stellt sich als das falsche Pferd heraus, kann ich immer noch meine Memoiren veröffentlichen und damit gut leben. Wenn ich auf den Westen setze und es ist das falsche Pferd, kann ich allenfalls vor meiner Hinrichtung noch eine Generalbeichte ablegen.»

Nun, es entspricht dem Wesen der freien Welt, dass sie nicht ein Gleichgewicht der Terrordrohungen schaffen kann. Sie hat aber ein Uebergewicht in ihrer grösseren Kapazität an materieller Hilfe. Es gilt, das auch auszunutzen. Nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der betreffenden Völker.

Der Schnappschuss

Ein sowjetzonaler Witz, der sicher authentisch ist, da er vom Sekretär einer Betriebspartei-Organisation zu Protokoll gegeben wurde: «Weisst Du schon, eine LPG will Schweine nach England schicken — zum Windhundrennen.»

*

Drei Nylonhemden entsprechen in Polen durchschnittlich dem Monatslohn eines Industriearbeiters. Nach einem Bericht der Zeitung «Zycie Warszawy» (2. 6. 1962, S. 4) kostet in Polen ein Nylonhemd 550 Zloty. Die Käufer können im Kommissionsgeschäft, wo solche Waren verkauft werden, die Hemdgrösse nicht kontrollieren, was zu zahlreichen nachträglichen Reklamationen führt, die aber nicht berücksichtigt werden. Nach dem Statistischen Jahrbuch («Rocznik Statystyczny 1961» S. 370) beliefen sich im Jahre 1960 die durchschnittlichen Nettoeinkommen in der Industrie auf 1482 Zloty.

Curriculum der Woche

MODIBO KEITA

Präsident der Republik Mali (früher Französisch-Sudan)

Geboren im Mai 1915 in Bamako aus einflussreicher Familie. Lokale Primarschule, dann Lehrerausbildung in Dakar mit Abschluss 1930. Wird nach Unterrichtstätigkeit in Bamako Schulinspektor. Wachsendes politisches Interesse; 1937 Mitbegründer der Jugendvereinigung «Arts et travail». Von den Behörden nach Sikasso verwiesen, wo er weiter agitiert. 1946 Gründungsmitglied des «Rassemblement démocratique africain» (RDA) und kurz darauf der «Union soudanaise» als RDA-Sektion.

1947 Aufenthalt in Paris, u. a. ein Monat in Haft. Nach seiner Rückkehr Generalsekretär der «Union soudanaise». 1950 Auseinandersetzung des RDA mit den Behörden. Keita wird der kommunistischen Agitation angeklagt und von der Regierung mit der Bildung von Nomadenschulen in der Sahara beauftragt. 1952 wieder in Bamako nach einem Bruch der Beziehungen zwischen dem RDA und der französischen kommunistischen Partei. Die «Union soudanaise» wird immer einflussreicher. 1956 Wahl zum Delegierten in der Assemblée française und erster afrikanischer Vizepräsident in dieser Versammlung. Ein Jahr später Staatssekretär für die französischen Ueberseegebiete in der Regierung Bourgès-Manoury.

1956 Präsident der «Union soudanaise» und Bürgermeister von Bamako. Bei den Wahlen für die neu eingeführten Exekutivräte (in allen französischen Territorien) gewann 1957 die «Union soudanaise» 64 von 70 Sitzen. 1958 stimmte der Sudan mit 97 Prozent dem Vorschlag de Gaulles auf Bildung der Communauté française zu (autonome Staaten, aber Finanzen, Aussenpolitik und Verteidigung gemeinsam untereinander und mit Frankreich). 1958 wird Sudan autonome Republik mit Jean-Marie Koné als Präsident, während Keita in der französischen Regierung verbleibt. 1959 zum Präsidenten des Generalrates von Französisch-Westafrika gewählt, strebt er eine Föderation der Staaten Französisch-Westafrikas an.

In den Parlamentswahlen von 1959 gewinnt die «Union soudanaise» sämtliche Sitze. Keita wird Präsident der Republik.

Unterdessen zerschlagen sich Keitas Pläne einer Mali-Föderation (Sudan, Ober-Volta, Dahomey, Senegal, Elfenbeinküste); nur Sudan und Senegal bleiben interessiert. Aus den führenden Parteien der beiden Länder wird die «Fédération africaine» gebildet, als deren Generalsekretär Keita amtet. Auch wird er Ministerpräsident der Zwei-Staaten-Föderation, aber Senegal widersetzt sich seinen Zentralisierungswünschen. Nach weiteren Differenzen erklärt Senegal den Austritt aus der Föderation und Sudan nimmt den Namen «Republik Mali» an.

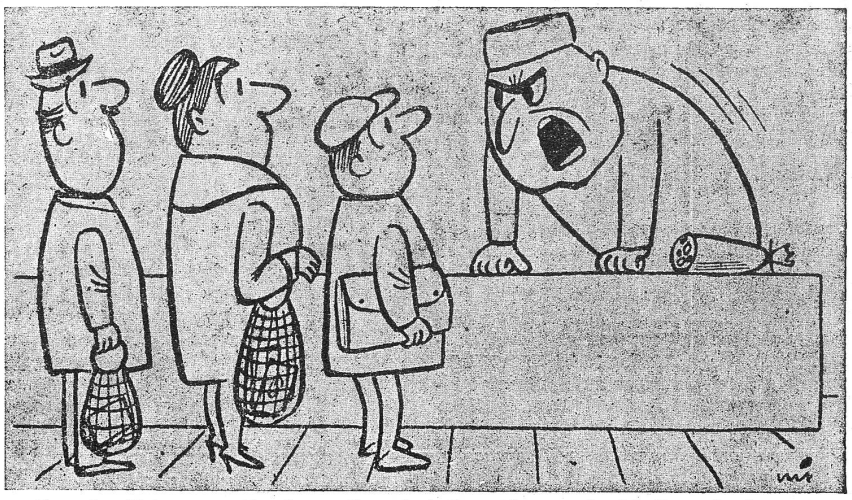
Von diesem Augenblick an verfolgt Keita eine immer radikalere Politik, wobei er sich Ghana und Guinea (das sich 1957 für völlige Unabhängigkeit ausserhalb der Communauté entschieden hatte) näherte.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 20. Juni 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.



«— Dass der Krieg unser Land verwüstet hat, dass wir es unter blutigen Anstrengungen aus den Ruinen erheben und dass wir siegreich den Sozialismus bauen — das seht ihr nicht, was? ... Ihr seht nur, dass unsere Wurst zu wässerig ist, ihr Spiessbürger!...»
(«Dziennik Zachodni», Katowice/Kattowitz, Nr. 54, 1962)

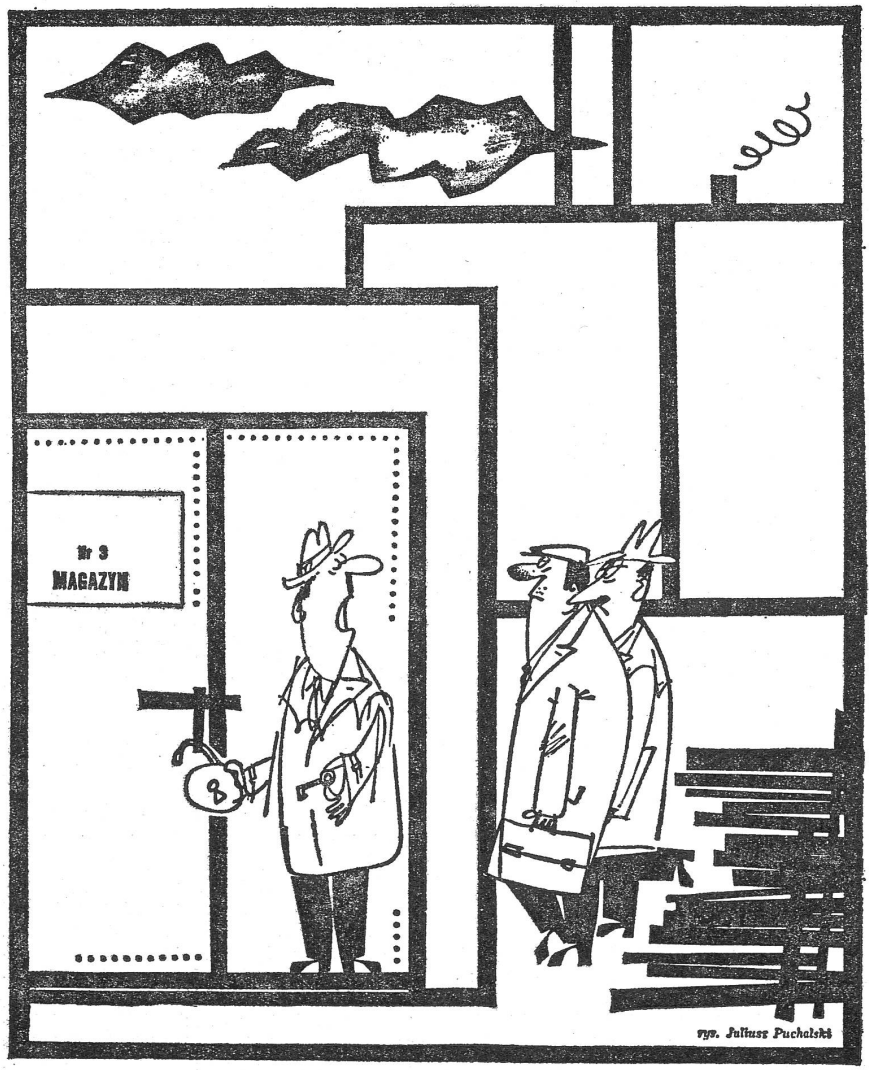
Polnische Kühnheit

Mehrmals haben wir schon darauf hingewiesen, dass die oft scheinbar vorhandene kritische Freiheit des Witzes im kommunistischen System trügerisch ist. Die Mängel aller Arten können wohl manchmal mit derbster Offenheit angeprangert werden, darunter durchaus auch Mängel der kommunistischen Institutionen. Aber —und das ist die entscheidende Lenkung der Meinungsäusserung — sie dürfen nicht auf das System selbst zurückgeführt werden. So können konkrete Versager der Planwirtschaft ziemlich nach Belieben kritisiert werden (die Partei fördert das sogar nach Kräften), nicht aber die Planwirtschaft als solche. Entsprechende Tabus begrenzen auch die andern Gebiete. Am schärfsten zeigt sich die Einschränkung in den Fragen von Aussenpolitik und kommunistischer Ideologie. Dort haben sich die Zeichner und Kommentatoren zu ihrem eigenen Vorteil nur an die abgegriffensten Klischees der Parteiparolen zu halten. Entsprechend rar sind hier auch originelle Witze.

Nun aber gibt es von Zeit zu Zeit doch Fälle, wo die Karikaturisten den im allgemeinen geltenden Rahmen sprengen und die Spitze ihrer Witze mehr oder weniger deutlich auf die Politik des Regimes selbst richten. Das ist in Ungarn hie und da der Fall (dort selten direkt nachweisbar — aber immerhin fliegen die Redaktoren von humoristischen Blättern häufig von ihren Posten), vor allem aber in Polen, wo sich eine freie Meinungsäusserung noch am ehesten vernehmen lässt, wenn sie auch mit Risiken verbunden ist.

Bekannt ist der Fall von Radio Warschau, das in nächster Nähe des Berichtes über die Entstalinisierung vor dem XXII. sowjetischen Parteikongress ein Werk des Komponisten Katschaturians auflegte, das — Stalin gewidmet war. (Der Verantwortliche wurde übrigens fristlos entlassen.) In diese Kategorie der Witze mit Frechheit gehört auch die hier abgebildete Karikatur einer Tageszeitung aus Katowice. Sie nimmt unverhohlen den Parteijargon aufs Korn, mit dem über Versorgungsmängel hinweggeredet wird. Eine gewisse Rückversicherung ist zwar gegeben, da ja die KP und Gomulka selbst immer wieder auf Verbesserung der Verhältnisse im Lebensmittelsektor drängen und die Verantwortlichen davor warnen, mit hohen Worten über die Mängel hinwegzureden. Dennoch sind natürlich die Sprüche des verspotteten Metzgers ausgesprochen und typisch Parteisprüche und werden vom polnischen Leser in diesem Sinn goutiert.

Unsere weitere Zeichnung («Szpilki») gehört inhaltlich zu dem von der Partei geförderten Humor, da sie sich gegen die grassierenden «Diebstähle am sozialistischen Eigentum» wendet (vergl. auch «Diebstahl als Norm», Karikatur in KB Nr. 13). Im abgeschlossenen Lagerraum kann man nicht einmal einen Handschuh liegenlassen, ohne dass er gestohlen würde. Doch hat diese Karikatur eine andere, für Polen bezeichnende Eigenschaft: den modernen graphischen Stil westlicher Prägung. Die polnische «Westausrichtung» kommt im Bereich der bildenden Kunst überhaupt am klarsten zum Ausdruck.



«Ich habe meine Handschuhe im Lager vergessen. Ich geh' sie holen, bevor sie mir abhanden kommen.»
(«Szpilki», satirische Wochenschrift, Warschau, 3. Juni 1962)